



Stadtratssitzung
Donnerstag, 14. Januar 2010, 17.00 bis 18.20 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 28 vom 22. Oktober 2009, Nr. 29 vom 29. Oktober 2009, Nr. 30 vom 5. November 2009 und Nr. 31 vom 12. November 2009)	---
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2010	---
3. Aufsichtskommission (AK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010 - Ersatzwahl eines Mitglieds	---
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010 - Ersatzwahl eines Mitglieds	---
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010	---
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010 - Ersatzwahl eines Mitglieds	---
7. Stadtrat (Dienststelle 010); Nachkredit zum Globalbudget 2009 (Büro SR: Kohli)	09.000421
8. Dringliche Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP): Gesamterneuerung Autobahn Stadttangente 2010/2011 – Der Gemeinderat schikaniert mit Bundesgeldern den Berufs- und Privatverkehr auf den Hauptverkehrsstrassen in der Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000346
9. Dringliches Postulat GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Die Nydeggbücke als Aussichtsplattform zum Bärenpark sicher gestalten (TVS: Rytz)	09.000347
10. Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Ausschreibung des neuen Sondernutzungsvertrages für die Plakatierung in der Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000398
11. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Berner Nachtleben: „Koks in praktisch jedem Club“ – Auszug aus der Berner Zeitung vom 7. November 2009 (SUE: Nause)	09.000406
12. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): BEA bern expo AG schockiert BEA-Beizer (FPI: Hayoz)	09.000407

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.20 Uhr	3
Mitteilungen des Präsidiums	4
Traktandenliste	4
1 Protokollgenehmigung.....	5
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2010	5
3 Aufsichtskommission (AK).....	9
4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU).....	9
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)	9
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)	9
10 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Ausschreibung des neuen Sondernutzungsvertrages für die Plakatierung in der Stadt Bern	10
11 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Berner Nachtleben: „Koks in praktisch jedem Club“ – Auszug aus der Berner Zeitung vom 7. November 2009	12
12 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): BEA bern expo AG schockiert BEA-Beizer	13
Eingänge	15

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.20 Uhr

Vorsitzend

Präsident 2009 Ueli Haudenschild
Präsident 2010 Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Guglielmo Grossi	Philippe Müller
Michael Aebersold	Beat Gubser	Nadia Omar
Cristina Anliker-Mansour	Leyla Gül	Stéphanie Penher
Rania Bahnan Büechi	Erich J. Hess	Pascal Rub
Vinzenz Bartlome	Kurt Hirsbrunner	Rahel Ruch
Giovanna Battagliero	Jimmy Hofer	Hasim Sancar
Thomas Begert	Natalie Imboden	Martin Schneider
Kathrin Bertschy	Mario Imhof	Rolf Schuler
Henri-Charles Beuchat	Ueli Jaisli	Miriam Schwarz
Lea Bill	Stefan Jordi	Tanja Sollberger
Manfred Blaser	Dannie Jost	Hasim Sönmez
Peter Bühler	Ruedi Keller	Barbara Streit-Stettler
Thomas M. Bürki	Daniel Klausner	Luzius Theiler
Conradin Conzetti	Michael Köpfli	Martin Trachsel
Rithy Chheng	Vania Kohli	Aline Trede
Bernhard Eicher	Peter Künzler	Gisela Vollmer
Susanne Elsener	Lea Kusano	Nicola von Greyerz
Tania Espinoza	Annette Lehmann	Tanja Walliser
Regula Fischer	Edith Leibundgut	Peter Wasserfallen
Jan Flückiger	Daniela Lutz-Beck	Béatrice Wertli
Rudolf Friedli	Ursula Marti	Thomas Weil
Jacqueline Gafner Wasem	Corinne Mathieu	Manuel C. Widmer
Jeannette Glauser	Claudia Meier	Rolf Zbinden
Simon Glauser	Robert Meyer	Christoph Zimmerli
Thomas Göttin	Christine Michel	Beat Zobrist
Claude Grosjean	Patrizia Mordini	

Entschuldigt

Dolores Dana

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Regula Rytz TVS
Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Jürg Stampfli, Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel
Gabi Fischer, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann

Mitteilungen des Präsidiums

Der Präsident *Ueli Haudenschild*: Ich möchte kurz Stellung nehmen zu den Vorwürfen, die in den letzten Tagen via Medien an das Ratsbüro gerichtet wurden. Die SVP-Fraktion hat drei Anträge zum Thema eingereicht, zwei davon am 29. Oktober und einen am 5. November. Ich spreche bewusst nicht von Vorstössen, weil Form und Inhalt nicht einem Vorstoss entsprechen. Alle drei Vorstösse tragen zuoberst ganz deutlich den Vermerk „Eingabe an das Ratsbüro“. Sie sind also nicht an den Stadtrat gerichtet. Selbstverständlich kann jedes Ratsmitglied, insbesondere aber die Mitglieder des Ratsbüros – und es handelt sich ja in diesem Fall um ein Mitglied des Ratsbüros – im Büro Anträge stellen. Das Ratsbüro hat richtlinienkonform am 10. November alle drei Anträge diskutiert. Die SVP ist Mitglied des Büros und der Antragsteller selbst war an diesen Sitzungen anwesend und hat mitdiskutiert. Das Büro hätte den ersten Antrag im Prinzip dem Stadtrat unterbreiten oder direkt der Aufsichtskommission weiterleiten können. Es ging darin um die Abklärung der Vorfälle durch die AK. Weil aber bereits ein Termin des Büros mit der Aufsichtskommission feststand, hätte dies keinen Sinn gemacht. Dass dieser Termin bereits feststand, hätte das SVP-Mitglied der AK eigentlich wissen müssen. Die beiden anderen Anträge, die an das Ratsbüro gestellt wurden, widersprechen dem Geschäftsreglement. Man kann der Aufsichtskommission keine Aufträge erteilen, die gemäss Geschäftsreglement in der Zuständigkeit des Ratsbüros liegen. Andernfalls müsste man eine Änderung des Geschäftsreglements beantragen. Das Ratsbüro hat deshalb beschlossen, die Diskussion mit der Aufsichtskommission abzuwarten und anschliessend den Antragstellenden schriftlich zu antworten. Wie erwähnt war der Antragsteller selbst anwesend, als dieser Beschluss gefasst wurde. Die Antwort wurde am 9. Dezember schriftlich erteilt. Bei einem Antrag an das Büro ist es Sache des Büros über die Art und Weise der Behandlung zu befinden. Es gibt zwar Dringliche Interpellationen, Postulate und Motionen, eine Dringlichkeit bei Anträgen oder Vorschlägen an das Büro existiert aber nicht. Als Präsident bin ich ganz klar der Meinung, dass das Vorgehen des Büros genau den Vorgaben und der Form der Eingaben entsprochen hat. Es ist empörend – und ich benutze hier bewusst die Wortwahl der „BZ“ und der SVP-Fraktion – wenn man sich in der Öffentlichkeit entrüstet, obwohl man im Ratsbüro durch den Antragsteller selber vertreten ist. Damit wird eigentlich das eigene Mitglied des Büros desavouiert. Und ebenso empörend ist es, wenn man jegliche Form missachtet und anschliessend dem Büro Willkür vorwirft. Das Büro hat nicht willkürlich, sondern hundertprozentig reglementskonform gehandelt. Ich habe inzwischen mit dem Büromitglied der SVP Rücksprache gehalten. Er hat versprochen, die Situation mit seiner Fraktion nochmals zu besprechen und mir dann eine Antwort zu erteilen. Dass ich die Antwort der „BZ“ entnehmen muss, war nicht abgemacht. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Erich J. Hess (JSVP) bittet um das Wort, wird jedoch vom Präsidenten darauf hingewiesen, dass keine Diskussion eröffnet ist und keine Voten zum Thema abgegeben werden können.)

Traktandenliste

Erich J. Hess (JSVP) stellt den Antrag, dass die drei Vorstösse der SVP vor den Wahlen behandelt werden. Der Antrag wird abgelehnt (10 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen).

1 Protokollgenehmigung

Der Stadtrat genehmigt Protokoll Nr. 28 vom 22. Oktober 2009, Nr. 29 vom 29. Oktober 2009, Nr. 30 vom 5. November 2009 und Nr. 31 vom 12. November 2009.

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2010

Es liegt ein Antrag vor für eine Geheime Wahl des Präsidiums und des 1. Vizepräsidiums des Stadtrats. Bis das Büro neu gewählt ist, müssen provisorisch zwei Stimmzählende bestimmt werden. Als Stimmzähler werden vorgeschlagen Corinne Mathieu und – weil Manfred Blaser noch nicht anwesend ist – von Seiten der SVP Ruedi Friedli. Der Vorschlag wird akzeptiert.

Wahl des Präsidiums

Der Präsident *Ueli Haudenschild*: Nominiert ist Urs Frieden (GB), bisher 1. Vizepräsident. Die Wahlzettel für die Geheime Wahl werden ausgeteilt. Es gilt im 1. Wahlgang das Absolute Mehr, im 2. Wahlgang das Relative Mehr. Jede Stadträtin und jeder Stadtrat kann vorgeschlagen werden.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Wir haben aufgrund der verschiedenen Vorfälle im vergangenen Jahr vorgeschlagen, die Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums geheim durchzuführen. Zum Präsidium: Wir sind mit dem Vorgehen beispielsweise bezüglich der soeben eingereichten Anträge, die nie traktandiert wurden, obwohl es oben gross heisst „Antrag an den Stadtrat“, nicht einverstanden. Die Mobbingvorwürfe stehen im Raum und wurden nicht geklärt. Wir sind deshalb der Meinung, dass ein unbefangeneres Mitglied aus der Fraktion von Urs Frieden gewählt sollte.

- Während der Auszählung der Stimmen werden die Traktanden 11 und 12 behandelt. -

Beschluss

Gewählt ist Urs Frieden (GB) mit 67 Stimmen. Weitere Stimmen haben erhalten: Aline Trede (7) und Nadja Omar (4).

Der bisherige Präsident *Ueli Haudenschild* und die Ratsmitglieder gratulieren Urs Frieden mit Applaus zur Wahl.

Der Präsident *Urs Frieden*: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank für die schöne Wahl. Ich werde mir Mühe geben, Ihnen allen in diesem Jahr ein anständiger Präsident zu sein. Und ich hoffe, dass wir zusammen, das Jahr gut über die Runde bringen. Als ich mich entschieden habe, dieses Amt anzustreben, ist es mir nicht darum gegangen, endlich diese Glocke hier betätigen zu können. Ich habe erst vor kurzem erfahren, dass ein Vorfahre von mir, der Goldschmied Jakob Frieden, sie gegossen hat. Er ist aber so entfernt verwandt mit mir, dass er im Freisinn war. Jakob Frieden war zwischen 1926 und 1943 Stadtrat. Mit dieser Glocke hat er etwas Bleibendes hinterlassen. Das möchte ich in bescheidenem Umfang auch gerne tun, indem ich mit Euch zusammen einen thematischen Schwerpunkt setze, sozusagen als rot-grünen Faden durch mein Präsidialjahr. Ich habe mich dazu entschieden, den Fokus auf Kinder und Jugendliche, auf junge Menschen zu legen.

Es gibt unzählige politische Leitmotive. Warum habe ich mich ausgerechnet dafür entschieden, in diesem Präsidialjahr Kinder und Jugendliche in den Vordergrund zu stellen? Politik lebt von der Erneuerung, von guten Ideen und kreativen Impulsen. Wir sollten deshalb eine so

wichtige Gruppe wie die Jungen in unsere Überlegungen und in die politischen Prozesse mit einbeziehen. Als ältere, teilweise fast höhlengereifte Politikerinnen und Politiker müssen wir unbedingt unsere Erfahrung und unseren Weitblick mit dem Übermut und der Neugierde der Jugendlichen paaren. Oder sportlich gesprochen: die Eigenschaften der U17 mit denjenigen der Ü17 kombinieren. Goethe schrieb, als es noch keine U17 gab: „Ich hör es gern, wenn auch die Jugend plappert – das Neue klingt, das Alte klappert.“

Gewohnheiten und Routine machen uns alt, älter als wir eigentlich sind. Jung bleibt man nur durch die Bereitschaft zum Zuhören und den ständigen Willen zum Dazulernen, zum Wechsel. Die Jugend – wer denn sonst – ist die lebendigste Kraft der Gesellschaft. Nehmen wir sie doch auch als das wahr! Und nicht einfach als tumbe Masse, die sich berauscht durchs Nachtleben prügelt, dabei Papis Auto kaputtfährt und das Ganze noch auf Youtube stellt. Das ist zwar auch Realität, aber nicht repräsentativ für diese Alterskategorie.

Indem wir, nebst auf uns selbst, auch auf die jungen Leute hören und sie am politischen Leben partizipieren lassen, können wir nur gewinnen. Ich habe das in den verschiedensten Zusammenhängen erlebt. Zum Beispiel im Vorstand des Vereins „Gemeinsam gegen Rassismus“, der im Nordquartier das Fussballfan-Lokal „HalbZeit“ führt oder im Vorstand von Fanarbeit Bern. In beiden Fällen sind einzelne Mitglieder bereits in meinem Alter, um die 50 herum, andere erst Anfang 20. Der Dialog unter den verschiedenen Generationen funktioniert aber äusserst gewinnbringend, und beide Vereine haben grossen Erfolg. Ich denke da an die vielen Ideen, die von den Jungen eingebracht wurden, wie den Einbezug der YB-Spieler bei Anti-Rassismus-Aktionen, das Fotoshooting, bei dem sich hunderte Stadionbesucher mit der roten Karte gegen Rassismus ablichten liessen, das Internetradio, die Lesungen mit Sporttexten, das Litteringprojekt in den SBB-Extrazügen bei Auswärtsfahrten, Präventionsprojekte für Schulen, das Sammeln gebrauchter Fussballschuhe für Jugendliche in verarmten Ländern und vieles mehr.

Eine ähnliche Dynamik erlebe ich auch in unserer Fraktion GB/JA! Dort werden uns etwas älteren GB-Leuten immer wieder essenzielle Fragen gestellt und junge Alternativen aufgezeigt. Die Optik der Jungen enthält ja immer den langfristigen Aspekt, dass sie später am meisten von den heutigen Entscheiden betroffen sind. Schon rein deshalb sind uns im Dialog mit den kommenden Generationen ökologische Themen besonders wichtig: etwa die Klimapolitik nach dem gescheiterten Gipfel von Kopenhagen, oder erneuerbare Energien, die als Zukunftstechnologie auch ökonomisch interessant sind, Energieeffizienz und Minergiebauten, sanfte Mobilität und die Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Wenn wir also die zukünftige Lebensqualität vor Augen haben, können wir es uns auch im Berner Stadtrat nicht leisten, den Dialog zwischen den verschiedenen Generationen – es gibt ja mehr als zwei – zu vernachlässigen. Ich habe bei meinem politischen Engagement schon mehrmals erlebt, was passieren kann, wenn der Kontakt zwischen den Generationen blockiert ist oder gar abbricht. Zum Beispiel als Mitglied der 80er-Jugendbewegung vor 30 Jahren. Wir lebten damals nach dem ur-demokratischen Motto „no leaders“ und wollten immer nur als Gruppe verhandeln. Dennoch verlangten unsere Verhandlungspartner immer explizit nach einem Chef – auch im Wissen, dass man den Dialog so bequem scheitern lassen kann.

Ich weiss: Jung und aufmüpfig zu sein, ist alleine noch kein Verdienst, aber auch altväterliche oder gönnerhafte Attitüden sind keine Leistung. Uns Bewegten wurde 1980, nebst der Empfehlung, nach Moskau zu gehen, immer wieder empfohlen: Bringt Euch in den demokratischen Entscheidungsprozess ein! Sammelt doch Unterschriften! Als dann die GSoA Mitte der 80er-Jahre die Armeeabschaffungsinitiative lancierte, war das natürlich auch wieder nicht gut. Ich behaupte, dass Jugendbewegung, GSoA und andere damals verpönte Gruppen ganz zentrale Impulse ins politische Leben eingebracht haben – Themen wie die Verbetonisierung, die Wohnungsnot, unsere zur Neige gehenden Ressourcen, kulturelle Freiräume, Grundrech-

te, Gleichberechtigung und Lebensqualität. Dies alles steht heute überall und fast selbstverständlich auf den Traktandenlisten und muss in die Entscheide einbezogen werden. Der Kauf von Kampfflugzeugen beispielsweise wird heute rundum kritisch hinterfragt, sogar vom Chef VBS selbst. Nicht zuletzt haben die wilden 80er auch eine Reihe von heute anerkannten Persönlichkeiten hervorgebracht – von Sänger Kuno Lauener bis zu Regierungsrat Bernhard Pulver.

Die Fokussierung auf Jugendliche starte ich bereits mit dem heutigen Tag, indem beispielsweise die Einladungskarte von einer 20-jährigen Grafikschülerin gestaltet wurde und indem ich einen ebenso jungen Moderator für das Fest engagiert habe. Zudem wird uns Rapper Greis kurz vor Mitternacht ein Stück Jugendkultur näherbringen. Für September plane ich eine Jugendsession, die mit einem Besuch des Kinderparlaments beginnt und einer Debatte zu Jugend-Themen weitergeht. Ich möchte, dass wir dabei viele interessante Vorstösse zum Thema Kinder und Jugendliche behandeln und diese Spezialsitzung gewinnbringend gestalten können. Ebenso möchte ich den Kontakt zum neu geschaffenen Jugendrat etablieren und denjenigen zu den Lernenden der Stadtverwaltung vertiefen. Zudem fordere ich Euch auf, dass möglichst viele Mitglieder des Stadtrats in diesem Jahr Schulen besuchen und unsere Arbeit dort vorstellen. Ich werde die Schulen, öffentliche und private, bitten, dass sie uns quer durch alle Fraktionen einladen. Ich denke, wir sollten den Stadtrat wieder vermehrt unter die Leute bringen, und das muss schon bei den jungen Leuten beginnen. Es wäre schön, wenn wir in der Öffentlichkeit nicht nur Thema würden, sobald es hier im Saal Probleme oder ungeschöne Auseinandersetzungen gibt. Auf gute Zusammenarbeit! Und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Schluss möchte ich meinem Vorgänger, Ueli Haudenschild, herzlich für seinen enormen Einsatz bis zum heutigen Tag danken, vor allem für seine ruhige, immer kollegiale Art. Ich denke, 2009 war ein sehr intensives, emotional anstrengendes Jahr. Aber Du hast das Beste daraus gemacht. Wir hatten im Büro eine sehr gute Zusammenarbeit, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg. Du hast den Teambildungs-Prozess – wie man im Sport sagen würde – vorantreiben können. Speziell in Erinnerung bleiben wird mir, dass du immer klare Statements abgegeben und mutige Worte gewählt hast bei deinen Auftritten. Nicht nur hier im Saal, sondern auch in Zeitungs-Interviews zum Beispiel zum EU-Beitritt oder zur Anti-Minarett-Initiative. Und was ich ganz besonders schätze, ist dein enormes Wissen. Gerade gestern habe ich wieder gestaunt, als wir nach dem Neujahrs-Empfang zusammen mit den Gemeinderäten im Bellevue Essen gingen und mir im Vorübergehen eine schöne Säule auffiel, die ich als korinthisch bezeichnete. Du aber hast gesagt: Das ist eine ägyptische Säule. Und hast mir diese Aussage dann mit mehreren Fremdwörtern, die ich noch nie gehört habe, erklärt. Ich denke, du hast jetzt wieder vermehrt Zeit, dich solchen Dingen zu widmen. Für mein Geschenk habe ich ein wenig recherchiert und herausgefunden, dass du vor deiner intensiven Zeit hier im Stadtrat Mitglied warst beim Fotomuseum Winterthur, weil Fotografie ja deine grosse Passion ist. Und ich habe mir gedacht, jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, diese Mitgliedschaft zu erneuern, damit du in diesem Jahr mit deiner Frau zusammen dort gratis jede Ausstellung besuchen kannst.

Ueli Haudenschild: Lieber Urs, ich möchte den Dank unbedingt zurückgeben. Ich konnte mich immer hundertprozentig auf den 1. Vizepräsidenten und die 2. Vizepräsidentin verlassen, das war im vergangenen Jahr sehr wertvoll für mich. Wir hatten zum Teil nicht vorhersehbaren, grossen Aufwand und wir haben es geschafft, gemeinsam alles zu bewältigen. Ich übergebe dir dieses Amt gerne – inklusive den Aufwand. Du hast erwähnt, dass mich noch andere Dinge interessieren und ich hoffe wirklich, dass ich dafür jetzt wieder mehr Zeit zur Verfügung habe. Du hast mir auch erzählt, dass du bis jetzt nicht allzu viele Termine und Einladungen hast. Ich habe heute eine Einladung für dich gebastelt, die ich dir gerne übergeben möchte.

Im Herbst möchte ich unbedingt wieder eine Ausstellung machen und das wäre bereits die Einladung zur Vernissage. Der Termin folgt nach. Und falls es nicht klappt oder du gar nie mehr zur Stadt rauskommst vor lauter Verpflichtungen, schenke ich dir hier ein paar Bilder von der Umgebung aus meiner eigenen Hand.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Der Präsident *Urs Frieden*: Nominiert ist Vania Kohli (BDP), bisher 2. Vizepräsidentin. Auch diese Wahl wird auf Antrag geheim durchgeführt. Das Prozedere ist dasselbe wie vorher.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Nach den Wahlen im letzten Jahr wurde eine neue Partei hier in den Rat hineingespült. Diese Partei ist sehr neu und erhebt bereits jetzt den Anspruch auf das 1. Vizepräsidium. Wir haben letztes Jahr schon gesagt, dass diese Partei noch keinen Anspruch auf diesen Sitz hat. Dazu kommt, dass ein Mitglied dieser Partei vorgeschlagen wird, das zuvor nicht im Stadtrat Einsitz hatte. Bisher galt die Regel, dass man das Vizepräsidium oder Präsidium übergibt als Zeichen für langjährig geleistete Arbeit. Dies möchten wir auch in Zukunft so handhaben. Wir haben letztes Jahr darüber diskutiert, ob das Präsidium überhaupt dieser Fraktion zusteht. Die Ratsmehrheit hat dies bejaht. Wir akzeptieren diesen Entscheid, möchten aber eine andere Person aus dieser Fraktion zur Wahl vorschlagen. Es ist jemand von der CVP. Die CVP ist im Gegensatz zur BDP schon lange hier im Rat vertreten und es gibt Mitglieder, die hier schon viele Jahre mitmachen. Wir sind der Meinung, dass eine solche Person es eher verdient hat, das Ratspräsidium zu übernehmen. Die CVP war vor mehr als 10 Jahren zum letzten Mal im Ratspräsidium vertreten. Deshalb schlagen wir Edith Leibundgut zur Wahl ins 1. Vizepräsidium vor.

Edith Leibundgut (CVP): Ich finde den Vorschlag ja „uu härzig“ und ich betrachte ihn jetzt einfach als Sympathiebekundung und als Wertschätzung für meine Arbeit und unsere gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Ich konnte mich oft auf die SVP-Kollegen verlassen, vor allem wenn es um Familienthemen ging. Dafür möchte ich mich bedanken bei ihnen. Ich glaube, sie wissen eigentlich, dass es innerhalb der Parteien einen Vertrag gibt, den ich unterstützt und mitgetragen habe, der die Präsidialfrage regelt. Deshalb stehe ich nicht zur Verfügung für dieses Amt. Ich möchte die SVP aber motivieren, meine Fraktionskollegin Vania Kohli zu wählen. Ich habe sie persönlich kennen gelernt in diesem Jahr. Sie ist eine sehr herzliche und offene Person, sie ist intelligent und wendig und ich glaube, dass sie dieses Präsidialjahr auf eine sehr gute Art führen wird. Innerhalb der Fraktion hat sie bei der Nominierung für das Amt erwähnt, dass ihr das Verbindende sehr wichtig ist. Für mich ist das auch so. Und ich finde, dass wir alle hier als Stadträtinnen und Stadträte, welche eine Verantwortung tragen für die ganze Stadt, aufgefordert sind, dem Verbindenden mehr Kraft zuzuordnen als dem Trennenden.

Erich J. Hess (JSVP): Die Fraktion SVPplus erhält den Vorschlag trotzdem aufrecht. In einem demokratischen System, wie wir es in der Schweiz kennen und pflegen, können auch Leute gewählt werden, die nicht zur Verfügung stehen.

- Während der Auszählung der Stimmen wird Traktandum 10 behandelt. -

Beschluss

Gewählt ist Vania Kohli (BDP) mit 57 Stimmen. Weitere Stimmen haben erhalten: Edith Leibundgut (11), Hasim Sönmez (2), Nadia Omar (2), Mario Imhof (2), Simon Glauser (1), Martin Schneider (1), Thomas Begert (1) und Kurt Hirsbrunner (1).

Der Präsident *Urs Frieden*: Ich bitte Vania Kohli, ihren Platz einzunehmen. Ich wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit im 2010 und möchte dir etwas Kleines überreichen.

Wahl 2. Vizepräsidium

Diese Wahl und auch die kommenden Wahlen der Kommissionen werden per Handerheben durchgeführt.

Ursula Marti (SP) wird als 2. Vizepräsidentin gewählt.

Wahl der Stimmzählenden

Corinne Mathieu (SP) und Manfred Blaser (SVP) werden gemeinsam als Stimmzählerin und Stimmzähler gewählt.

3 Aufsichtskommission (AK)

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010

1. Der Stadtrat wählt als Präsident AK 2010: Hanspeter Aeberhard (Fraktion FDP)
2. Der Stadtrat wählt als Vizepräsident AK 2010: Hasim Sancar (Fraktion GB/JA!).

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für Beat Zobrist als Mitglied BAK: Leyla Gül (Fraktion SP/JUSO).

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010

1. Der Stadtrat wählt als Präsident FSU 2010: Peter Bühler (Fraktion SVPplus)
2. Der Stadtrat wählt als Vizepräsidentin FSU 2010: Corinne Mathieu (Fraktion SP/JUSO).

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für Barbara Streit-Stettler als Mitglied FSU: Rania Bahnan Buechi (Fraktion GFL/EVP).

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010

1. Der Stadtrat wählt als Präsident PVS 2010: Stefan Jordi (Fraktion SP/JUSO)
2. Der Stadtrat wählt als Vizepräsidentin PVS 2010: Edith Leibundgut (Fraktion BDP/CVP).

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)

Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2010

1. Der Stadtrat wählt als Präsidentin SBK 2010: Sue Elsener (Fraktion GFL/EVP).
2. Der Stadtrat wählt als Vizepräsident SBK 2010: Martin Schneider (Fraktion BDP/CVP).

Ersatzwahl eines Mitglieds

Der Stadtrat wählt als Ersatz für Rolf Schuler als Mitglied SBK: Tanja Walliser (Fraktion SP/JUSO)

- Die Traktanden 7, 8 und 9 werden verschoben. -

10 Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Ausschreibung des neuen Sondernutzungsvertrages für die Plakatierung in der Stadt Bern

Geschäftsnummer 09.000398 / 09/393

- Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Diskussion zu (35 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen). -

Interpellant *Luzius Theiler* (GPB-DA): In den letzten zwei Jahren haben wir im Stadtrat bestimmt ein Dutzend Mal über Plakate diskutiert, hauptsächlich über die Kleinplakate. Dass man immer wieder über das Gleiche reden muss, kommt daher, dass sich der Gemeinderat beharrlich weigert, das Reklamereglement, Artikel 18, auszuführen. Darin heisst es, dass in der Stadt neben Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie an anderen Orten genügend Raum für das Aufhängen von nicht kommerziellen, kleinen Plakaten und Anzeigen zur Verfügung stehen muss. Bisher wurde immer gesagt, das sei nicht möglich, weil die Allgemeine Plakatgesellschaft APG durch ihre Konzession über ein Monopol verfüge. Man müsse abwarten, bis die Konzession ablaufe. Jetzt wäre es soweit, die Konzession wurde im Oktober 2009 neu ausgeschrieben. Inzwischen ist bekanntlich einiges geschehen. Ich habe in meiner Interpellation geschrieben, der späte Ausschreibungszeitpunkt lasse darauf schliessen, dass das Ganze nur eine Formsache gewesen sei und sowieso wieder die APG zum Zug komme. Diese Einschätzung wurde bestätigt durch den Umstand, dass die Konzessionsausschreibung abgebrochen wurde, weil ein Konkurrent völlig zu Recht Beschwerde eingereicht hatte gegen die späte Ausschreibung, die andern Unternehmen keine reelle Chance einräume. Einmal mehr muss festgestellt werden, dass offenbar die Verhandlung zwischen der Stadt und der APG zu gross ist. Bekanntlich ist die APG mehrfach als Sponsorin aufgetreten, beispielsweise bei der Neugestaltung der Tram-Häuschen. Es ist heikel, wenn eine Firma, die sich um eine städtische Konzession bewirbt, kurz vorher der Stadt Sponsoringbeiträge zukommen lässt.

In den vielen Antworten und Prüfungsberichten zum Thema wurde ständig wiederholt, dass man abwarten müsse, bis das neue Konzept zur Gestaltung des öffentlichen Raums vorhanden sei. Die entsprechende Arbeitsgruppe werde auch ein neues Plakatierungskonzept vorstellen. Bis im Frühling 2009 hätte eigentlich das neue Konzept zur Gestaltung des öffentlichen Raums vorliegen sollen und im Sommer darauf wäre plangemäss die Ausschreibung für die neue Konzession erfolgt. Wir wissen aber, dass die Ausschreibung erst im Oktober erfolgte. Ich möchte mich nun erkundigen, wie es eigentlich steht um das Konzept zur Gestaltung des öffentlichen Raums, das so oft versprochen wurde und eigentlich ja eine hochpolitische Sache ist. Was gibt es politischeres und interessanteres als die Gestaltung des öffentlichen Raums? Das betrifft alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt und müsste ja öffentlich auch hier im Stadtrat diskutiert werden. Deshalb möchte ich Regula Rytz konkret fragen: Wo ist das Konzept? Existiert es überhaupt? Wenn ja, warum wurde es nicht publiziert? Wenn nein, warum wurde es nicht erarbeitet und weshalb macht man jetzt einfach ohne Konzept weiter? Es ist für mich unbegreiflich, dass diese langwierige Arbeit nie abgeschlossen wurde und die Ausschreibung für die Konzession darum viel zu spät erfolgt ist. Nüchtern betrachtet haben wir jetzt eine Situation, in der das wilde Plakatieren so erlaubt ist wie nie zuvor in der Stadt Bern. Mit anderen Worten: Man hat die Konzession der APG provisorisch verlängert, aber diese Verlängerung basiert auf keiner juristischen Grundlage. Man kann keine Konzession ohne Ausschreibung vergeben, es besteht also effektiv ein konzessionsloser Zustand. Alle dürfen Plakate in der Stadt aufhängen, wo sie wollen, sofern es nicht mit einer Sachbeschä-

digung verbunden ist. Das ist vielleicht gar nicht schlecht. Erfreulicherweise betont der Gemeinderat in seiner Antwort, dass man die Kleinplakate endlich abgekoppelt habe von der Konzession für die Weltformat-Plakate. Deshalb bin ich teilweise zufrieden mit der Antwort. Weniger zufrieden bin ich aber mit den ungefähr gleichzeitig versandten Prüfungsberichten, die auch ein Postulat von mir betreffen. Darin wird angekündigt, dass für die Kleinplakate gemeinsam mit Passive Attack – das ist eine Organisation, die Kleinplakate aufhängt – eine Lösung gesucht wird. Es muss nun befürchtet werden, dass es statt einer Plakat-Konzession nun einfach zwei geben wird – eine für die grossen und eine für die kleinen Plakate –, und dass man letztlich gezwungen wird, auch die kleinen Plakate für teures Geld zum Aufhängen in Auftrag zu geben. Das steht in krassem Gegensatz zum Reklamereglement, gemäss dem jeder und jede selbst kostenlos ein kleines Plakat aufhängen darf. Die erwähnte Gesellschaft fürs Kleinplakat-Aufhängen verhält sich schon heute so, als ob der Raum für Kleinplakate ihr gehören würde und hängt andere Plakate einfach ab. Ich habe das selbst erlebt. Dieses Verhalten entbehrt jeglicher Grundlage und dient höchstens der Bequemlichkeit der Stadt, die damit jemanden vorweisen kann, der eine sogenannte Ordnung in die willkürliche Plakatierei bringt.

Kleinplakate sind ein wesentlicher Bestandteil der Meinungs- und Informationsfreiheit. Es ist wichtig, dass dieses Medium allen kostenlos zur Verfügung steht. Ein anderes Vorgehen entbehrt jeder rechtlichen Grundlage und wäre auch sachlich nicht zu begründen.

Fraktionserklärungen

Tanja Walliser (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Kleinplakatierung ist von enormer Bedeutung, zum Beispiel für kleine Veranstalter, aber auch für Jungparteien wie die JUSO oder die JA!. Es ist für die Demokratie extrem wichtig, dass nicht nur jene auf sich aufmerksam machen können, die zahlungskräftige Sponsoren haben, seien das Grosskonzerne oder wie bei den Parteien auf der rechten Seite Banken oder Versicherungen. Die versprochenen 70 Standorte für Kleinplakate sind ein guter Anfang, es braucht aber mindestens doppelt so viele Standorte, wenn man wirklich Vielfalt und Demokratie garantieren und den nicht kommerziellen Anliegen die gleichen Möglichkeiten geben will, um an die Öffentlichkeit zu gelangen.

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Auch unsere Fraktion freut es, dass 70 neue Stellen für Kleinplakate entstehen sollen und wir hoffen, dass man dafür zentrale und gut einsehbare Orte wählt. Wir bitten die Stadt, bald bekannt zu geben, wo konkret die Stellen sein werden. Folgenden Anliegen sollte zum Thema Kleinplakate Rechnung getragen werden: Zum einen muss die Kleinplakatierung kostenlos bleiben, zweitens muss sie für alle zugänglich sein – das heisst, es darf kein Monopol geben. Daraus folgt natürlich, dass es für kleine Plakate im Gegensatz zu den grossen Plakaten keine Konzession geben soll. Wir glauben aber auch, dass sexistische, rassistische und diskriminierende Plakate nicht ins Berner Stadtbild gehören und hoffen, dass der Gemeinderat einen Weg findet, solche Werbung bei Kleinplakaten zu verhindern. Kleinplakate sind ein wichtiges Mittel für alle möglichen nichtkommerziellen Veranstalter. Wir befürworten deshalb eine baldige Klärung der Situation.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Kleinplakatierung in der Stadt Bern hat eine lange Geschichte. Einerseits, weil von Anfang an zuwenig Plätze zur Verfügung standen, andererseits, weil niemand kontrolliert hat, wo und wie die Plakate aufgehängt werden. Ich denke, es braucht auch bei der Kleinplakatierung eine gewisse Regulierung, weil man wie erwähnt das Aufhängen von rassistischen oder sexistischen Plakaten verhindern will. Ein völlig freier Zugang und trotzdem Kontrolle – das geht nicht auf. Deshalb braucht es eine Regulierung, es braucht aber auch viel mehr Plätze, um in den Quartieren Plakate aufzuhän-

gen. Ich denke, man muss einen Mittelweg suchen zwischen Regulierung und Freigabe. Man könnte beispielsweise jener Organisation, der man eine kommerzielle Konzession für Kleinplakate erteilt, den Auftrag geben, abzuhängen, was nicht an die Wände gehört.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Das Thema Kleinplakatierung beschäftigt uns regelmässig, wir haben vor eineinhalb Jahren eine dezidierte Debatte darüber geführt. Wir haben uns nicht dagegen gewehrt, dass es mehr Kleinplakate für Kultur geben soll. Aber wir haben bereits damals klare Regeln gefordert, die es leider bis heute nicht gibt. Es macht keinen Sinn, dass die Präsidiabteilung bzw. die Kulturabteilung Anlässe und indirekt deren Plakatierung unterstützt und die TVS dann mit den Steuergeldern diese Werbung wieder runter reisst. Es muss geregelt werden, was erlaubt ist, wer die Entsorgung vornimmt und wer verantwortlich ist, wenn die Regeln nicht eingehalten werden. Es darf nicht sein, dass, wie in der letzten Abstimmung zum Progr, Kulturplakat-Plätze missbraucht wurden für einen Abstimmungskampf. Die Forderung von Luzius Theiler schiesst weit übers Ziel hinaus und grenzt an Planwirtschaft. Diesen Weg können wir nicht unterstützen. Wir warten deshalb auf einen Vorschlag der TVS.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Kurz zu den zwei Fragen, die noch im Raum stehen. Erstens zum Nutzungskonzept öffentlicher Raum. Das ist noch nicht publiziert und noch nicht öffentlich diskutiert. Zweitens zur Frage des konzessionslosen Zustands: Wie Sie der Antwort entnehmen konnten, herrscht kein konzessionsloser Zustand. Es gibt eine Übergangslösung mit der APG, eine Konzession ist in Kraft.

Beschluss

Der Interpellant ist mit der Antwort des Gemeinderats teilweise zufrieden.

11 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Berner Nachtleben: „Koks in praktisch jedem Club“ – Auszug aus der Berner Zeitung vom 7. November 2009

Geschäftsnummer 09.000406 / 09/395

Direktor SUE *Reto Nause*: Die Ermittlung und Ahndung von Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz ist eine gerichtspolizeiliche Aufgabe, welche seit 1. Januar 2008 in die ausschliessliche Zuständigkeit des Kantons und der Kantonspolizei fällt. Entgegen der Annahme der Kleinen Anfrage bedarf es deshalb weder eines Auftrags noch irgendwelcher Signale seitens des Gemeinderats an die Polizei. Die Polizei ist gehalten, von Amtes wegen gegen den Drogenkonsum und -deal in Clubs vorzugehen.

Zu Frage 1: Nach Angaben der Kantonspolizei kann dem zitierten Auszug aus der Berner Zeitung nicht widersprochen werden. Ermittlungen der Kantonspolizei hätten ergeben, dass sich Kokaindealer oft in einschlägigen Clubs der Stadt Bern aufhielten und dort auch einen Teil ihrer Geschäfte abwickelten. Zu Frage 2: Gemäss Artikel 31 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 38 ff. des kantonalen Gastgewerbegesetzes ist das Regierungsstatthalteramt zuständig für Verwaltungszwangsmassnahmen wie beispielsweise die Schliessung eines Betriebs.

Zu Frage 3: Nach Angaben der Kantonspolizei bekämpft diese den Handel mit Kokain in den Clubs im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Auch im 2009 seien mit gezielten Aktionen mehrere Personen festgenommen und grössere Mengen Kokain sichergestellt worden. Der Gemeinderat begrüsst solche Aktionen und Fahndungserfolge. Soweit das Polizeiinspektorat Hinweise auf Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz erhält, informiert dieses unverzüglich die zuständige Kantonspolizei. Ebenso beantragt das Polizeiinspektorat beim Regierungsstatthal-

teramt Verwaltungszwangsmassnahmen gegen Bewilligungsinhaberinnen oder -inhaber von Clubs, falls handfeste Beweise seitens Kantonspolizei vorliegen, dass diese mittels aktiver Haltung oder Duldung gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen.

Der Antragsteller *Mario Imhof* (FDP): Ich finde es tragisch, dass hier in der Stadt Bern ein Restaurantbetreiber wegen einer Zigarette, die in seinem Lokal geraucht wird, eine Anzeige oder gar die Schliessung des Lokals riskiert und dass man eine Busse kriegt, wenn man schon nur 10 Minuten falsch parkiert. Aber hoch Kriminelle, Drogendealer in den Clubs, toleriert man. Ich erwarte von unserem Sicherheitsdirektor, vom Stadtpräsidenten und vom gesamten Gemeinderat, dass er beim Kanton vorstellig wird und nicht nur zuschaut, wie es in Bern zu- und hergeht.

12 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): BEA bern expo AG schockiert BEA-Beizer

Geschäftsnummer 09.000407 / 09/394

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Zu Frage 1: Nein, der Gemeinderat ist bei der Bea bern expo AG nicht vorstellig in dem Sinne geworden, als dass er konkrete Forderungen gestellt hätte. Er hat der Bea bern expo lediglich den Inhalt dieses Vorstosses zur Kenntnis gebracht.

Ich möchte festhalten, dass die Stadt nur rund 1,5 Prozent der Aktien der Messeholding Bern AG hält, in deren Eigentum sich die Bea bern expo AG befindet. An der Bea bern expo AG ist die Stadt nicht beteiligt. Die Stadt verfügt somit als Aktionärin über keine genügend starke Stellung, um auf die operativen Entscheidungen der Bea bern expo AG Einfluss nehmen zu können. Für den Gemeinderat bestand aber auch losgelöst von den Beteiligungsverhältnissen keine Veranlassung, bei der Bea bern expo AG im Interesse der betroffenen Berner Unternehmungen vorstellig zu werden. Wie die Bea bern expo AG die Gastronomie auf dem Messeplatz gestalten will, ist ein rein unternehmerischer Entscheid, der nach den dafür massgebenden Gesichtspunkten zu fällen ist. Obwohl sich der Gemeinderat freut, wenn stadtbernerische Unternehmen vom Messeplatz Bern berücksichtigt werden, versteht er die Bea bern expo, wenn sie sich für die aus ihrer Sicht wirtschaftlich beste Lösung entschieden hat und dabei den Wirtschaftsstandort Stadt Bern nicht bevorzugt behandeln konnte. Schliesslich ist die Stadt bei der Vergabe von Aufträgen, die dem Beschaffungsrecht unterliegen, ebenfalls verpflichtet, dem wirtschaftlich günstigsten Angebot den Zuschlag zu erteilen und Unternehmen mit Sitz in der Stadt Bern nicht bevorzugt zu behandeln. Der Gemeinderat bekennt sich in dieser Frage zur Wichtigkeit eines funktionierenden Binnenwettbewerbs. Er gibt weiter zu bedenken, dass die neu für die Gastronomie auf dem Messeplatz zuständige ZFV bereits für zahlreiche andere Betriebe in der Stadt tätig ist, hier Arbeitsplätze anbietet, in den nächsten Jahren gemäss der Bea bern expo AG auf dem Messeplatz beträchtlich investieren wird und somit auch als Zürcher Unternehmen einen nicht unbedeutenden Beitrag zum Wirtschaftsstandort Bern leistet.

Zu den im Vorstoss geäusserten Vorwürfen der mangelnden Kommunikation nimmt die Bea bern expo wie folgt Stellung – ich zitiere: „Im Rahmen der Modernisierung des Messeplatzes und des Bauvorhabens NAHA 2+ plant die Bea bern expo AG die Neukonzeptionierung der Gastronomie auf dem Messeplatz. Aus diesem Grund wurde die Gastronomie auf dem Messeplatz im Rahmen eines Submissionsverfahrens ausgeschrieben. Die bisherigen Betreiber sowie externe Unternehmen waren eingeladen, ihre Konzepte beziehungsweise Offerten einzureichen.“ Weiter seien die bisherigen Betreiber in diversen Gesprächen und im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Neukonzeptionierung der Gastronomie sowie über die Umbaupläne der BEA bern expo AG informiert worden. Sie seien ebenfalls über den fina-

len Entscheid individuell in Kenntnis gesetzt worden. Dass man sämtliche Firmen erst nach der Unterzeichnung des Vertrags über den finalen Entscheid in Kenntnis gesetzt habe, werde als übliches Vorgehen in einer solchen Ausschreibung erachtet. Die in der Kleinen Anfrage von Herrn Imhof geäußerten Vorwürfe könne die Bea bern expo AG daher nicht nachvollziehen.

Zu den Fragen 2 und 3 verweise ich auf die Antwort zur Frage 1.

Der Antragsteller *Mario Imhof* (FDP): Mir ist klar, dass die Bea selber über ihre Geschäfte entscheidet. Ich möchte nur zu bedenken geben, dass die Berner Unternehmer, welche die Restaurants nicht mehr führen können, in ihrer Existenz bedroht sind. Abgesehen davon werden wahrscheinlich auch die Lieferanten rund um Bern im Zuge dieser Veränderung nicht mehr berücksichtigt. Aus diesen Gründen hätte ich es begrüßt, wenn sich der Gemeinderat für die Berner Unternehmer stark gemacht hätte.

- Die Traktanden 7, 8 und 9 werden auf eine spätere Sitzung verschoben. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Motion, zwei Motionen, ein dringlicher Postulat, zwei Postulate und drei Interpellation eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

1. Interfraktionelle Dringliche Motion FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP): Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ!
2. Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): VBG, DOK, TOJ gemeinsam in den Quartieren
3. Motion Erich Hess (JSVP): Keine weiteren Ausländer in der Stadtverwaltung
4. Motion Fraktion SVPplus (Manfred Blaser, SVP): Freie Durchfahrt in der Morgenstrasse
5. Postulat Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SP): Ausgesteuerte Menschen verschwinden nicht einfach so!
6. Postulat Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Aline Trede, GB): Klimafreundliche Stadt: Nach Kopenhagen muss Bern handeln und CO2-Emissionen senken
7. Interpellation Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP): Sind dies die neusten Schildbürgerstreiche – Die Kantonspolizei verteilt Bussen an städtische Angestellte in Ausübung ihrer Arbeit?!?
8. Interpellation Fraktion SP/JUSO Rolf Schuler (SP): Zivilstandsamt im Zentrum – Trauungen weiterhin im barocken Schloss?
9. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Folgen der Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) für die Stadt Bern

Schluss der Sitzung: 18.20 Uhr.

Namens des Stadtrats

Präsident 2010: *Urs Frieden*

Präsident 2009: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Gabi Fischer Deola*